

Michael Brie, Frigga Haug (eds.): Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung. Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg [Between Class State and Self-Emancipation. Rosa Luxemburg's Concept of the State], Baden-Baden, Nomos, 2011. 242 pp. (Staatsverständnisse. 43). – ISBN 978-3832941482.

Fritz Weber

University of Commerce, Vienna, Austria

Bücher über Rosa Luxemburg gibt es viele. Für die Verbreitung ihrer Ideen sorgen allein schon die zwei renommierten Luxemburg-Gesellschaften, die deutsche und die internationale. Doch von Niveau und Anspruch her können sich nicht viele Publikationen mit dem von Michael Brie und Frigga Haug im Nomos-Verlag herausgegebenen Band „Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung“ mit dem so neutral wirkenden Untertitel „Zum Staatsverständnis von Rosa Luxemburg“ messen. Was den Band mit der produktiven Selbständigkeit des Denkens von Rosa Luxemburg verbindet, ist das von Klischees freie Herangehen an die gewählten Themen, das alle Aufsätze verbindet. Es erscheint daher am zielführendsten, bei einer Rezension einige der Aufsätze herauszugreifen, ein Verfahren, das beileibe nicht als Qualitätskriterium der Essays angesehen werden sollte, sondern eher das subjektive Interesse des Rezensenten widerspiegelt. Insgesamt enthält der Band sieben Aufsätze, die sich von ganz unterschiedlichen Gesichtspunkten her dem politischen Selbstverständnis Rosa Luxemburgs annähern und auch in ihren Gewichtungen ganz verschiedene Schwerpunkte setzen, das eine Mal „historischer“ orientiert sind, das andere Mal näher an die Gegenwart heranführen. Was alle Aufsätze eint, ist der Versuch, explizit und implizit die Aktualität des Luxemburgischen Denkens sichtbar zu machen.

Michael Brie setzt sich in seinem Aufsatz „Der Fall Millerand – Regierungsbeteiligung der Sozialisten als Testfall marxistischer Staatstheorie“ mit dem sozusagen „verteidigungsweisen“ Eintritt von sozialistischen Politikern in Koalitionen auseinander, welche dem Versuch der Abwehr eines Angriffs auf bürgerlich-demokratische Institutionen dienen. Da der „Fall Millerand“ das erste derartige Ereignis darstellte, war die Debatte darüber von exemplarischer Wichtigkeit. Es kann daher nicht verwundern, dass Rosa Luxemburg ungemein rasch mit entsprechend zugespitzten linkssozialistischen Thesen darauf reagierte. „Die aktive Teilnahme der Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung ist“, schrieb sie in der *Leipziger Volkszeitung* vom 5. Juli 1899, „eine Erscheinung, die außerhalb des Rahmens der gewöhnlichen Betätigungsformen des Sozialismus liegt.“

Was Bries Aufsatz auszeichnet, ist die Ausbreitung des größeren historischen Zusammenhangs, in welchem die Debatte stattfand, die eine "Leerstelle zwischen marxistischer Theorie und sozialistische Praxis" offenbarte (Brie, 36): Was, wenn der Kapitalismus und mit ihm die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung nicht zum raschen Untergang verurteilt wäre, sondern im Gefolge sozialer Reformen eine gewisse Langlebigkeit aufwies? Wie müsste dann die sozialistische Politik – als „revolutionäre Realpolitik“ (Rosa Luxemburg) verstanden – darauf reagieren? Konzis zeigt Brie die Position Luxemburgs auf, die selbst den grundsätzlich reformbereiten Staat als bürgerlichen bezeichnet, der weiterhin ein – genau betrachtet *das* – Hindernis auf dem Fortschreiten zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bilde. Den Eintritt von Sozialisten in eine bürgerliche Regierung zur Verteidigung demokratischer Errungenschaften bezeichnet sie als Ausnahmefall, bei dem die sozialistischen Politiker bürgerliche Aufgaben übernähmen, zu denen die Bourgeoisie

vorübergehend nicht fähig sei. Nichtsdestotrotz bleibe es Aufgabe des revolutionären Sozialismus, die Arbeiterbewegung *unabhängig* und *autonom* vom Staat zu organisieren, zumal dieser Staat wie die ganze bürgerliche Gesellschaft von Partikularinteressen zersetzt würde.

Rosa Luxemburg interpretiert den Regierungseintritt Millerands – man kann es gar nicht anders ausdrücken als mit dem Prädikat: in wunderbar dialektischer Manier – als Rettung der Republik „vor dem Untergang in der Barbarei“, mit dem Ziel, den sie repräsentierenden Staat im Interesse der Arbeiterschaft „vor einer verfrühten Zersetzung“ zu bewahren und ihn „lebensfähig und entwicklungsfähig“ zu erhalten. Prophetische Worte angesichts dessen, was in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland und anderswo geschah, als Teile des Bürgertums bereit waren, an dem Projekt mitzuwirken, die verfassungsmäßigen Grundlagen der bürgerlichen Staatsmacht außer Kraft zu setzen.

Bernd Röttger befasst sich in dem Essay „Zwischen betrieblichen Kämpfen und Staat. Politikunst für die institutionelle Arbeiterbewegung“ mit dem Gegensatzpaar „Reform oder Revolution?“, das Rosa Luxemburg als mechanistische Scheinalternative begreift, da die kapitalistische Entwicklung, wie sie so schön sagt, "nicht in einer hübschen, geraden Linie [verläuft], sondern im schroffen [...] Zickzack". Das Ziel „revolutionärer Realpolitik“ könne es nicht sein, „im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen und durch [...] ein paar Dutzend neue Männer zu ersetzen“. Es gehe nicht darum, den „Taktstock“ aus der Hand der Bourgeoisie "in die eines sozialdemokratischen Zentralkomitees" zu legen, sondern den „sklavischen Disziplingeist“ durch „freiwillige Selbstdisziplin“ zu ersetzen. Die Arbeiter müssten „zu denkenden, freien, selbsttätigen Lenkern“ des Produktionsprozesses werden; der Sozialismus müsse „durch die Massen, durch *jeden* [einzelnen] Proletarier“ (Hervorhebung von mir, F.W.) hervorgebracht werden.

Das ist einer der Kerngedanken dessen, was man als „westlichen“ Marxismus bezeichnen kann. Gleichlautende Ideen finden sich nicht zufällig auch in Karl Liebknechts Gefängniszeichnungen, in den Schriften der linken Austromarxisten vom Schlage eines Otto Bauer und natürlich auch bei Antonio Gramsci. Für sie alle bedeutet Sozialismus – in den Worten Luxemburgs –, „dass die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das gesamte politische Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbstbestimmung lenkt“.

Von hier zieht Röttger einen großen Bogen bis hin zur Kritik an der Politik der westdeutschen (und seit 1989 gesamtdeutschen) Arbeiterbewegung und insbesondere der Gewerkschaftspolitik, die er durch eine Art von Stellvertreterpolitik repräsentiert sieht. Diese begann vor 1914 im Gefolge der Bürokratisierung der Arbeiterbewegung und fand in der Mitwirkung an neoliberalen Modellen der Krisenlösung seit den 1980er Jahren ihren vorläufigen Endpunkt. (Allerdings wäre hier noch die Dialektik von Kollektivvertrags-Orientierung und kämpferischer Politik zu hinterfragen.)

Lutz Brangsch exemplifiziert Rosa Luxemburgs Position zur sozialdemokratischen Bildungs- und Parlamentsarbeit im Kontext von "soziale[m] Lernen und politische[r] Macht". Für Luxemburg war Politik ein Synonym für Lernprozesse. Immer wieder kreisen ihre Gedanken (wie auch die Statements der Beiträge des Bandes) um die Partizipation des Einzelnen an politischen Entscheidungsprozessen, um Lernen durch Partizipation. Brangsch hebt neben den Differenzen auch die Berührungspunkte zwischen Rosa Luxemburg und Lenin hervor, auch wenn diese nicht unbedingt leicht *konkret* zu benennen sind. Für Luxemburg ist die revolutionäre Praxis selbst gleichbedeutend mit Schulung der Arbeiterbewegung in

Permanenz; sie ist „das Lebelement, die Luft, ohne die sie nicht zu existieren vermag“. Auch von Lenin gibt es durchaus synonyme Sätze, etwa wenn er auf dem Allrussischen Gewerkschaftskongress 1919 hervorhebt, dass die Schöpfer der neuen Gesellschaft „nur die Millionenmassen“ selbst sein könnten (zitiert bei Brangsch, 109) und dass es Aufgabe der Gewerkschaften sei, „die ausgebeuteten werktätigen Massen zu erziehen, sie zur Leitung des Staates, zur Leitung der Produktion ohne Beamte, ohne Bourgeoisie, ohne Kapitalisten heranzuziehen“ (was man wohl besser mit „zu befähigen“ übersetzt). Was Lenin hier sagt, zielt auf nichts anderes als auf die Emanzipation jedes einzelnen Arbeiters. Dass aus dieser schönen Idee infolge des Bürgerkriegs (und nach 1921 infolge der Einführung der NÖP) nichts wurde, steht auf einem anderen Blatt. Dass ein Marxist wie Otto Bauer mit der Institution der Betriebsräte ebenfalls die Hoffnung verknüpfte, dass diese auf lange Sicht zur „großen Schule“ der Vorbereitung auf die „proletarische Selbstregierung“ werden könnte, sei am Rande vermerkt. Genug Stoff also zum Weiterdenken über den Band von Michael Brie und Frigga Haug hinaus.

Frigga Haug selbst geht in dem Beitrag „Rosa Luxemburg und der Weg, der zu Gramsci führt und über ihn hinaus“ der Frage nach, was die beiden großen Denker des westlichen Marxismus miteinander verbindet. Auch wenn der Begriff der „sozialistischen Hegemonie“ bei Luxemburg nicht vorkommt, ist doch die Frage nach der Herstellung eines solchen Zustandes und nach dem Übergang vom „Stellungs-“ zum „Bewegungskrieg“ eine, die bei ihr implizit (und 1919 explizit) gestellt ist. Scharfsinnig wie immer analysiert Frigga Haug das komplexe Verhältnis zwischen den beiden TheoretikerInnen. Was in Rosa Luxemburgs Werk nicht mitbedacht ist, ist die entscheidende Rolle dessen, was Frigga Haug „die vielfältigen Auffangstationen“ der bürgerlichen Gesellschaft (209) nennt, die den Sturz des Systems verhindern. Die *Zivilgesellschaft* im Sinne Gramscis wirkt wie das „Grabensystem im modernen Krieg“ (Gramsci) und bildet die Widerstandsstruktur des westlichen Kapitalismus gegen Umsturz. Sie befestigte schon zu Luxemburgs Zeiten die bürgerliche Hegemonie, die – hergestellt mit Unterstützung der Sozialdemokratie – das Überleben des Kapitalismus in den entscheidenden Jahren nach 1918 möglich machte.

Weitere Beiträge kommen von den Autoren Walter Baier (Von Nationen und „Natiönchen“, historischen und „geschichtslosen“ Völkern – Rosa Luxemburg, W. I. Lenin und Otto Bauer), Michael Krätke (Ökonomie und Politik im Denken Rosa Luxemburgs) und Ottokar Luban (Rosa Luxemburgs Staatsverständnis in der marxistischen Tradition der II. Internationale). Der ganze Band über das Staatsverständnis Rosa Luxemburgs zeigt, dass sie viel mehr unfertige und unscharfe Antworten auf richtig gestellte Fragen hinterlassen hat, als elaborierte Antworten. Andere Fragen, wie etwa die nach der Rolle der (von Gramsci so genannten "organischen") Intellektuellen, werden von ihr kaum angedeutet.

Gramsci erscheint bei Frigga Haug in vielem als Fortführer der Gedanken Rosa Luxemburgs. Frigga Haugs Aufforderung, Gramsci „luxemburgistisch“ zu lesen und umgekehrt „mit Gramsci (im Kopf, F.W.) Luxemburg zu lesen, führt einen auf unzählige Spuren und Vorschläge, die man ohne ihn in ihrer Bedeutung und in ihren Möglichkeiten bei Luxemburg übersehen hätte“. (238) Das ist auch genau die Rolle, die der Band für den kritischen Leser spielen sollte. Besser als die Mitherausgeberin kann man den Impetus, den „Zwischen Klassenstaat und Selbstbefreiung“ dem Leser vermitteln könnte, nicht beschreiben.